



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 17. Juni 2019
Kantonsratspräsident Josef Wyss

B 163 A Jahresbericht 2018, Teil I und Teil II - Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Jahresberichtes 2018 / Finanzdepartement

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Armin Hartmann.

Armin Hartmann: Die PFK hat die Botschaft zum Jahresbericht 2018 an ihrer Sitzung vom 24. Mai 2019 unter dem Vorsitz von Marcel Omlin beraten. Im Rahmen der Beratung führte sie Hearings mit allen Departementen, der Staatskanzlei, dem Kantonsgericht sowie den Vertretern des Luzerner Kantonsspitals (LUKS) und der Luzerner Psychiatrie (Lups) durch. Die Jahresrechnung 2018 schliesst mit einem erfreulichen Ertragsüberschuss von 67,5 Millionen Franken ab. Dies entspricht einer Verbesserung gegenüber dem Budget von 118,9 Millionen Franken. Hauptgründe für diese Verbesserung sind die doppelte Ausschüttung der Schweizerischen Nationalbank, höhere Steuererträge sowie eine gute Ausgabendisziplin. Damit konnten auch einmalige Belastungen, wie die Umsetzung des Bundesgerichtsurteils zu den Prämienverbilligungen für Verheiratete mit Kindern, gut verkraftet werden. Die Nettoinvestitionen liegen bei 93,8 Millionen Franken, was 14 Millionen Franken unter dem Budget liegt. Die Nettoschulden sinken von 147,3 Millionen auf 135,5 Millionen Franken. Mit diesem Abschluss zeigt sich die finanzielle Ausgangslage für den Kanton Luzern verbessert. Der Regierungsrat beurteilt diese jedoch weiterhin als angespannt. In den Hearings ergaben sich keine Fragen, die zu längeren Diskussionen führten. Spezielle Situationen einzelner Organisationen wurden jedoch beleuchtet. Ein Beispiel ist die Situation des Luzerner Kantonsspitals, welches nach dem Tarifeingriff substanzielle Konsolidierungsmassnahmen durchführen musste und weiterhin durchführen muss. Auch beim Justiz- und Sicherheitsdepartement wurden ausgiebig Fragen zu den ausgewiesenen Budgetüberschreitungen gestellt. In der Beratung wurde das Ergebnis allgemein mit Freude zur Kenntnis genommen. Bei der Bewertung gab es aber durchaus Unterschiede. Während die eine Seite ein Funktionieren der Steuerstrategie postulierten, wiesen andere auf die substanziellen Sparmassnahmen hin, die eine rote Linie überschritten hätten. Einigkeit herrschte allerdings darüber, dass das Ergebnis zahlreiche positive Einmaleffekte enthält. Das Eintreten auf die Vorlage war dennoch unbestritten. Die Mitberichte der Kommissionen wurden im Detail beraten. Der Mitbericht der RUEK, wonach das Postulat P 24 von Hasan Candan nicht abzuschreiben sei, wurde von der PFK mit 9 zu 8 Stimmen unterstützt. Die übrigen Mitberichte wurden deutlich abgelehnt. Auch ein Antrag auf eine Bemerkung zum Jahresbericht blieb chancenlos. Am Schluss war es eine der kürzesten Beratungen zu einem Jahresbericht in den letzten Jahren. Eindeutig waren auch die Schlussabstimmungen: Die PFK beantragt einstimmig, den Jahresbericht zu genehmigen und ebenso den Kantonsratsbeschluss über die Abschreibung von Motionen und Postulaten. Abschliessend beantragt sie einstimmig, auch den Bericht über die Umsetzung der

Beteiligungsstrategie zu genehmigen.

Für die CVP-Fraktion spricht Adrian Nussbaum.

Adrian Nussbaum: Im Jahresbericht Teil I (Geschäftsbericht) schreibt der Regierungsrat in seinem Vorwort von Gesundheit. Die letzten vier Jahre haben wir in Bezug auf die kantonalen Finanzen eher von „krank“ als von „gesund“ gesprochen. Vielleicht ist es symptomatisch, dass der letzte Jahresbericht der abgelaufenen Legislatur eine andere Sprache spricht. Die CVP nimmt das finanzielle Ergebnis von 2018 mit Freude, aber auch mit Genugtuung zur Kenntnis. Wir haben die Steuerstrategie in der Vergangenheit nie infrage gestellt, weil wir überzeugt waren, dass die eingeschlagene Richtung korrekt ist; das Ergebnis 2018 bestätigt diese Überzeugung. Wir sind uns bewusst, dass nicht alle Verbesserungen im Jahresabschluss im Vergleich zum Budget nachhaltig sind. Es gibt aber Anzeichen dafür, dass sich gewisse Verbesserungen mindestens teilweise in den Folgejahren fortsetzen könnten. Zwei Punkte möchten wir hervorheben: Der Jahresbericht berücksichtigt die höheren Beiträge an die Prämienverbilligung, und der Regierungsrat stellt in Aussicht, die Stunden- und Lektionenerhöhung der Staatsangestellten in Zukunft wieder rückgängig zu machen. Wir begrüßen dies. Wir stellen weiter fest, dass das Ausgleichskonto auf einen Betrag von 207,5 Millionen Franken gestiegen ist, dies trotz historisch tiefen NFA-Zahlungen. Diese Überlegungen zeigen, dass die Steuerstrategie funktioniert. Die Jahresrechnung 2018 zusammen mit dem bürgerlichen Kompromiss bei der Aufgaben- und Finanzreform 2018 (AFR18), der Wasserbau- und der Steuergesetzrevision bilden die Grundlage dafür, dass die schwierige Finanzperiode der letzten vier Jahre, welche vor allem durch kurzfristige Sparübungen geprägt war, ad acta gelegt werden kann. Die CVP weiss, dass es auch in Zukunft einer hohen Disziplin auf der Ausgabenseite bedarf, wir sollten aber den Kanton finanzpolitisch vermehrt mittelfristig führen statt kurzfristig. Wir sind überzeugt, dass das nun möglich ist. An dieser Stelle erlaube ich mir einen kurzen Rückblick und Ausblick zur Finanzpolitik im Kanton Luzern. Der Kanton Luzern hat in den letzten vier Jahren eher negativ von sich reden gemacht. Ich rufe aber die Ursachen in Erinnerung: Das erste Problem war der schnelle, unerwartete und hohe Rückgang beim Finanzausgleich (NFA). Es ist die Ironie des Schicksals, dass dieser Rückgang am Ende eben etwas Positives hat, weil wir heute weniger abhängig sind von der Entwicklung in den anderen Kantonen. Das zweite Problem: Die Steuerstrategie funktionierte, aber sie braucht mehr Zeit und Mittel. Die CVP war deshalb für eine Justierung der Steuerstrategie, das erste Mal 2017 mit der Unterstützung der Erhöhung des Steuerfusses; das Volk war aber dagegen. Wir sind nach dieser Niederlage nicht in den Wahlkampfmodus übergegangen, wie das andere Parteien taten, sondern setzten uns weiter für eine Justierung der Steuerstrategie ein, bekanntlich mit Erfolg. Dank unserer Verknüpfung der Steuergesetzrevision mit der Steuergesetzrevision 2020 (STAF) und der AFR18 sind bis heute alle im AFP eingestellten Gesetzesrevisionen umgesetzt. Ich vermute, dass wir bei den Eintretensvoten der linken Parteien eine Aufzählung der finanzpolitischen Entscheidungen der letzten vier Jahren aufgetischt erhalten. Das ist selbstverständlich ihr gutes Recht, aber ich wünsche mir spätestens ab der Budgetdebatte im Herbst, dass sich auch die SP, die GLP und die Grünen für eine konstruktive Finanzpolitik einsetzen werden. Das bedingt aber, dass sie endlich aufhören, die Steuerstrategie, welche vom Volk in vielen Abstimmungen – zuletzt am 19. Mai 2019 – bestätigt wurde, zu kritisieren, sondern als gegebene Basis zu akzeptieren. Die CVP ist überzeugt, dass wir finanzpolitisch auf dem richtigen Weg sind, der Jahresabschluss 2018 ist ein Indiz dafür. Die CVP unterstützt den Antrag der PFK, das Postulat P 24 von Hasan Candan noch nicht abzuschreiben. Im Übrigen sind wir mit dem Vorschlag des Regierungsrates betreffend Abschreibungen einverstanden. Die CVP stimmt der Genehmigung des Jahresberichtes 2018 zu. Dem Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Berichtes über die Umsetzung der Beteiligungsstrategie stimmt die CVP ebenfalls zu. Die Geschäftsberichte 2018 der ausgelagerten Betriebe LUKS, Lups, Lustat und der Landwirtschaftlichen Kreditkasse hat die CVP-Fraktion zur Kenntnis genommen. Die CVP ist für Eintreten und Genehmigung.

Für die SVP-Fraktion spricht Dieter Haller.

Dieter Haller: Die SVP zeigt sich erfreut über das Jahresergebnis 2018. Der Überschuss von 67,5 Millionen Franken zeigt, dass sich die Massnahmen der letzten Jahre langsam auszahlen. Den Hauptteil am positiven Ergebnis machen die Finanzen und Steuern mit einer Verbesserung von 88,5 Millionen Franken aus. Zugegeben, ein beträchtlicher Teil ist das Ergebnis von Sondereffekten. Trotzdem ist ein breiter Fortschritt erkennbar. Diesen Weg will die SVP weiter beschreiten. Praktisch alle Hauptaufgaben schliessen unter dem Budget ab. Wir stellen fest, dass mit den Mitteln haushälterisch umgegangen wird. Die Abweichungen bei den Aufgaben öffentliche Sicherheit und soziale Sicherheit sind begründet und waren bereits mehrfach Thema in der Kommission und im Kantonsrat. Die hohen Mehreinnahmen sind sehr erfreulich. Auch hier sind alle Bereiche im Plus. Hier fällt ins Auge, dass das Modell zur Berechnung der Nachträge dieses Mal einen wesentlichen Beitrag an den Mehrertrag bringt, während es in den letzten Jahren für ausserordentliche Belastungen verantwortlich war. Die Analyse des jetzigen Modells und dessen Entstehungsgeschichte zeigen eindrücklich, wie schwierig es ist, ein gutes Modell zu entwickeln. Unser Fazit ist, dass es das optimale Modell nicht gibt. Das jetzige Modell hat Vor- und Nachteile. Das Wichtigste ist aber, dass es nicht beeinflusst werden und somit nicht für Resultatkosmetik verwendet werden kann. Vielleicht kann es in den nächsten Jahren trotzdem noch optimiert werden. Die Schulden sind weiter gesunken, sodass der schuldenfreie Kanton in Griffnähe liegt, was erfreulich ist. Hatte der Kanton Luzern zur Jahrtausendwende noch einen Schuldenberg von 2,534 Milliarden Franken, galten die letzten Jahre vor allem der Konsolidierung. Trotzdem konnten die Schulden infolge Optimierungen bis auf 135,5 Millionen Franken abgebaut werden, was einem positiven Abbau gegenüber der Jahrtausendwende von rund 95 Prozent entspricht. Die Investitionsfähigkeit wurde massiv gesteigert, der Kanton Luzern hat heute wieder mehr Handlungs- und Gestaltungsfreiheit. Wir sind weit weg von der gesetzlich zulässigen Grenze – so muss es sein. Dies bedeutet allerdings nicht, dass die Ausgabendisziplin gelockert werden kann. Weiterhin sind die finanziellen Ressourcen haushälterisch und optimal zu planen und einzusetzen mit dem Ziel, schuldenfrei zu werden. Bei der Bewertung im Geschäftsbericht blendet der Regierungsrat aus, dass die Reduktion der Verschuldung auch auf die gute Performance der Beteiligungen zurückzuführen ist. Im Berichtsjahr war es insbesondere die Beteiligung an der CKW, die entsprechend zur Reduktion der Verschuldung beigetragen hat. Mit der STAF, der AFR18 und dem Steuerkompromiss, welche am 19. Mai angenommen wurden, haben wir beste Aussichten, die Finanzen definitiv zu konsolidieren. Aber – und das darf nicht vergessen werden – der Kanton hat keine Reserven, die es rechtfertigen würden, jetzt die Ausgabenschleuse wieder zu öffnen. Massnahmen sind sehr vorsichtig anzugehen und auf ihre Verträglichkeit zu überprüfen. Ein Beispiel ist die Reduktion der Arbeitszeiten. Die SVP stellt sich nicht gegen eine Auslegeordnung und allfällige Anpassungen. Anpassungen müssen jedoch wohlüberlegt sein, und alle Partner müssen einbezogen werden. So sind zum Beispiel die Gemeinden in diesen Prozess einzubeziehen, schliesslich tragen sie einen wesentlichen Teil dieser Mehrkosten. Die SVP ist erfreut über den Jahresbericht 2018. Wir bedanken uns bei allen, die dazu beigetragen haben. Die SVP tritt auf den Jahresbericht ein und wird diesen genehmigen. Den Kantonsratsbeschluss über die Abschreibung von Motionen und Postulaten wird sie ebenfalls genehmigen. Abschliessend wird sie auch den Bericht über die Umsetzung der Beteiligungsstrategie genehmigen.

Für die FDP-Fraktion spricht Patrick Hauser.

Patrick Hauser: Der Überschuss von 67,5 Millionen Franken zeigt klar, dass sich die Massnahmen der letzten Jahre langsam auszahlen. Damit wird das budgetierte Resultat um sage und schreibe 118,9 Millionen Franken übertroffen. Das Ergebnis ist auch teilweise das Ergebnis von Sondereffekten, was wir sicher noch öfters zu hören bekommen. Trotzdem sind auf breiter Front Fortschritte erkennbar. Alle Steuereinnahmen sind gegenüber dem Vorjahr gestiegen: die Staatssteuern der natürlichen Personen um 80,6 Millionen Franken, die Staatssteuern der juristischen Personen um 18 Millionen Franken. Das Wachstum der Steuererträge übertrifft den Rückgang bei den NFA-Erträgen um 79,8 Millionen Franken. Praktisch alle Hauptaufgaben schliessen unterhalb des Budgets ab. Es wird haushälterisch

mit den Mitteln umgegangen. Das statistische Ausgleichskonto – Teil der Schuldenbremse – ist auf den Betrag von 207,5 Millionen Franken angestiegen, dies trotz historisch tiefen NFA-Zahlungen. Die Nettoverschuldung des Kantons ist mit 135,5 Millionen Franken auf dem tiefsten Stand seit mehreren Jahrzehnten angelangt. Das schafft Handlungsspielraum für die Zukunft. Zum Erreichten gilt es aber weiterhin Sorge zu tragen. Diese Ausführungen zeigen, dass – wie wir immer dargelegt haben – die Steuer- und die Finanzstrategie des Kantons funktionieren, also unser erster und nicht der dritte Weg. Dass nicht nur wir von der FDP das so sehen, belegen auch die diversen Resultate von Volksabstimmungen, welche den Kurs wiederholt bestätigt haben. Für dieses Resultat danken wir der Regierung und vor allem unserem Finanzdirektor Marcel Schwerzmann. In den Dank mit eingeschlossen sind aber auch unsere Verwaltung und die Staatsangestellten, welche mit verschiedensten Massnahmen ihren Beitrag zu diesem Resultat geleistet haben. Ein kleiner „Tolggen“ im Reinheft bildet allerdings die Position polizeiliche Leistungen. Hier wurde nicht nur der bereits bewilligte Nachtragskredit benutzt, nein, er wurde sogar nochmals überschritten. Es ist zu bedauern, dass hier zum wiederholten Mal der an die Regierung erteilte Auftrag nicht umgesetzt wurde. Hier hoffen wir auf Besserung. Wir gehen davon aus, dass die aktuelle Finanzpolitik auch unter neuer Leitung in Zukunft weitergeführt wird, da ja die Grundlagen wie Finanzleitbild und Schuldenbremse usw. auch weiterhin Gültigkeit haben. Wir treten auf die Vorlage ein und stimmen dem Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Jahresberichtes 2018 zu. Beim Kantonsratsbeschluss über die Abschreibung von Motionen und Postulaten folgen wir grossmehrheitlich dem Antrag der Regierung. Dem Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Berichtes über die Umsetzung der Beteiligungsstrategie stimmen wir ebenfalls zu.

Für die SP-Fraktion spricht David Roth.

David Roth: Die Jahresrechnung schliesst mit einem Plus von 67,5 Millionen Franken ab. Dieser Rechnungsabschluss freut die SP. Eine Schwalbe macht aber noch keinen Frühling. Die Regierung und auch meine Vorredner versuchen die zahlreichen Einmaleffekte in den Hintergrund zu rücken und die schweizweite Entwicklung als Luzerner Besonderheit darzustellen. Die Firmensteuern bleiben weiter unter den Erwartungen. Der Bund und auch alle Kantone konnten sehr positive Rechnungsabschlüsse präsentieren, das ist auch in Luzern der Fall. Der Grund hierfür ist im Lohn- und Beschäftigungswachstum zu suchen. Die kantonalen Finanzen profitieren zudem von zusätzlichen Ausschüttungen der Nationalbank. Wenn Luzern nicht auch von diesen fremden Faktoren profitiert hätte, wäre es ja verheerend gewesen. Aber sich das auf die eigene Fahne zu schreiben, ist falsch, und wer das verkennt, der wird bei einem Nachlassen der Konjunktur wieder vor dem genau gleichen Handlungsbedarf stehen wie in den letzten Jahren. Der Abschluss bringt aber etwas Beruhigung in die angespannte Luzerner Finanzlage, der Jubel, wie wir ihn heute hören, ist allerdings unangebracht. Weder basiert der Abschluss auf Leistungen der Luzerner Politik noch sind die Abbaumassnahmen der vergangenen Jahre korrigiert. Einzig die Pensenerhöhung für das Luzerner Staatspersonal und die Lehrpersonen wird zurückgenommen. Die angekündigte Erfüllung dieser SP-Forderung ist erfreulich. Allerdings ist auch hier die Budgetierung 2020 abzuwarten, bevor dieses Versprechen gehalten wird. Es ist Zeit, dass auch die massiven Kürzungen bei der Prämienverbilligung, den Stipendien und Menschen mit Behinderungen rückgängig gemacht werden oder dass zum Beispiel die Polizei endlich über genügend Ressourcen verfügt. Eine nachhaltige Konsolidierung ist immer noch in weiter Ferne. Wenn diese Abbaumassnahmen, die in der breiten Bevölkerung auf Unverständnis stiessen, rückgängig gemacht werden, dann besteht kein Handlungsspielraum mehr. Mit Besorgnis betrachtet die SP die Verschiebung der Steuerlast zu den natürlichen Personen. Während juristische Personen noch im Jahr 2011 14,8 Prozent zu den Staatsteuern beitrugen, leisteten sie im Jahr 2018 gerade noch 11,5 Prozent. Für dieses Jahr waren in der Aufgaben- und Finanzplanung 2015–2018 noch 139 Millionen Franken vorgesehen. Mit 127,9 Millionen Franken liegt der Kanton weiterhin unter den langjährigen Prognosen. Damit bleibt die von der Tiefsteuerstrategie ausgelöste Verlagerung von Firmen zu natürlichen Personen bestehen. Über das Votum der CVP bin ich doch etwas

erstaunt. Die SP tritt auf die Botschaft B 163 ein und stimmt ihr zu.

Für die G/JG-Fraktion spricht Urban Frye.

Urban Frye: Wir stehen nun vor einem Neuanfang. Wir haben ein neu zusammengesetztes Parlament mit vielen neuen Gesichtern, und wir haben einen Regierungsrat, der seine Aufgaben neu verteilt hat. Ein Neuanfang bietet die Chance, das Vergangene abzuschliessen, Lehren daraus zu ziehen und gemeinsam einen neuen Weg zu begehen. Wir haben nun zwölf Jahre hinter uns, die unter dem Zeichen von zwei Maximen standen: Steuern senken und die daraus resultierenden Einnahmenverluste mit drastischen Sparmassnahmen korrigieren. Dabei haben der Regierungsrat und das Parlament immer wieder Grenzen überschritten, die bis anhin in einem durch gemeinsames Verhalten ausgehandelten Kodex als äusserste Linien galten. Sie sind über das gesetzlich Zulässige hinausgegangen und haben ein moralisches Prinzip, dass die Schwächsten der Gesellschaft zu schützen sind, ausser Kraft gesetzt. So haben Sie beispielsweise Fahrtengutscheine für Behinderte eingespart und diese somit von der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. Nun sagen Sie, es habe sich gelohnt, die Schulden seien fast vollumfänglich abgebaut worden, und der Kanton schreibe nun wieder einen Gewinn. Das ganze Ausmass des gesellschaftlichen Schadens, den Sie in den vergangenen Jahren angerichtet haben, wird sich erst in den folgenden Jahren zeigen. Sie haben den Kanton auf dem Buckel der Schwächsten saniert und jene geschont, die eine Mehrlast gut hätten vertragen können und sie wohl auch getragen hätten im Wissen, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt das höchste Gut einer Gemeinschaft ist. Sie haben immer wieder betont, dass Sie im Auftrag des Volkes handeln würden und nichts anderes täten, als den Willen des Volkes zu respektieren. Dazu möchte ich Ihnen zwei Bemerkungen entgegenhalten: Erstens: Leider haben wir in unseren aktuellen demokratischen Instrumenten noch nicht die Möglichkeit geschaffen, dass die Bevölkerung bei der Frage, ob sie etwas möchte oder nicht, auf einer Skala von 1 bis 5 antworten kann. Die Resultate wären dann bei den Fragen, ob Unternehmen oder Vermögende in den Genuss weiterer Steuersenkungen kommen sollen, immer etwa bei einer 3 bis 4 gewesen – eine knappe Zustimmung. Jede vernünftige Organisation würde dies als Warnsignal interpretieren und versuchen, die kritischen und ablehnenden Stimmen mit einem Kompromiss an Bord zu holen. Wenn eine knappe Mehrheit Ja zu Ihrem Sparkurs gesagt hat, haben Sie die grosse Minderheit aussen vor gelassen und argumentiert, das Volk wolle es so. Fast die Hälfte des Volkes aber wollte das so jeweils genau nicht. Die zweite Bemerkung aber müsste Ihnen noch mehr zu denken geben: Wir sind vom Volk gewählt, um nach unserem eigenen besten Wissen und Gewissen zu handeln. Dies haben wir gerade heute wieder geschworen oder gelobt. Handeln auf Befehl befreit nicht davon, die Verantwortung für sein Handeln tragen zu müssen. Wohin es in letzter Konsequenz führt, wenn Handeln auf Befehl die Verantwortung für dieses Handeln tilgt, hat uns die Geschichte des vergangenen Jahrhunderts in aller Dramatik gelehrt. Sie haben nicht nur einfach das gemacht, was das Volk eben wollte, sondern Sie haben es dem Volk vorgeschlagen und haben es selbst so gewollt. Auch die Regierung kann sich nicht aus der Verantwortung stehlen und monieren, sie habe nur den Willen des Parlaments umgesetzt. Sie hätte auch aufzeigen können, dass es auch moderater geht. Als die Regierung eine kleine, sehr moderate Steuererhöhung angedacht hat, hat sie sich von diesem Gedanken auch gleich wieder verabschiedet, als einige von Ihnen den Drohfinger erhoben. Nun frohlocken Sie, das Tal der Tränen sei überwunden. Das positive Ergebnis der Jahresrechnung 2018 sei das Resultat der Tiefsteuerstrategie, und nun gehe es nur noch aufwärts. Bei genauem Hinschauen sind es nicht die tiefen Steuern, sondern der Zufall, das Bevölkerungswachstum, die schweizweit gute Wirtschaftslage und eben diese alle moralischen Grenzen überschreitende Sparwut. Der Überschuss ist hauptsächlich der Doppelzahlung der Nationalbank zu verdanken. Dieser glückliche Zufall macht allein schon ein Viertel der Verbesserung des Ergebnisses aus. Weiter hat die Regierung bei der Verwaltung noch einmal 10 Prozent eingespart, obwohl sie letztes Jahr gesagt hat, die Zitrone sei nun vollends ausgepresst. Diese 10 Prozent hat sie also ausschliesslich bei der Qualität eingespart. Wir haben es immer wieder zu hören bekommen: Die Polizei kann ihre

Aufgaben nur noch bedingt erfüllen, die Gerichte können die ihnen zugewiesenen Fälle nicht mehr zeitgerecht abarbeiten, ein Datenschutz ist kaum vorhanden, die pädagogische Hochschule kann die benötigten Lehrkräfte nicht mehr ausbilden und so weiter und so fort. Die Liste ihrer Versäumnisse lässt sich fast endlos fortsetzen. Dass die Regierung um eine Bankrotterklärung herumgekommen ist, ist Gründen zu verdanken, die nichts, aber auch gar nichts mit ihrer geliebten Tiefsteuerstrategie zu tun haben: Die letzten Jahre hat der Kanton von der weltweit guten Wirtschaftslage profitiert: Die Bevölkerung, das kantonale BIP und damit auch die Steuererträge der natürlichen und juristischen Personen sind gewachsen. Das hat rein gar nichts mit der Tiefsteuerstrategie zu tun. Werfen wir einen Blick nach Zürich: Der Kanton Zürich ist der Wirtschaftsmotor der Schweiz. Das ist der richtige Benchmark. In Zürich waren 7 Prozent der 2016 registrierten Unternehmen Neugründungen. Auch Zürich hat in den letzten Jahren die Nettoverschuldung pro Kopf massiv gesenkt. Die letzten acht Jahre hat dieser Kanton einen kumulierten Überschuss von 1,2 Milliarden Franken erzielt. Diesem Kanton geht es bestens. Er hat ein hervorragendes Bildungsangebot mit zu den besten der Welt zählenden Hochschulen, ein Kulturangebot von hohem Renommee, die Stadt trägt Sorge zu ihrer Lebensqualität und verlegt ihre Spange Nord, die Rosengartenstrasse, in den Boden. Zürich zieht die weltweit innovativsten Firmen der Welt an und schafft qualitativ hochstehende Arbeitsplätze mit Zukunft. Wie ist das jetzt mit den Unternehmenssteuern? Zürich hat 21 Prozent und wird sie auf 18 Prozent senken. Zürich macht genau das Gegenteil des Kantons Luzern mit seiner Steuerstrategie. Und wie ist das jetzt mit den 10 000 neuen Arbeitsplätzen, die in Luzern seit Einführung der Tiefsteuerstrategie entstanden sind? Die Zunahme der Vollzeitäquivalente beträgt in diesem Zeitraum jährlich etwa 1,1 Prozent ganz leicht über derjenigen des Kantons Zürich. Entscheidend aber ist die Frage, um was für Arbeitsplätze es sich denn handelt. Die Wertschöpfung ist dabei ein wichtiger Faktor, aber nicht der einzige. Ebenso wichtig sind die Nachhaltigkeit und die Innovationskraft. Bei all diesen drei Faktoren hinkt der Kanton Luzern gewaltig hintennach. Eine eben neu veröffentlichte Statistik zeigt, dass Luzerns neu gegründete Unternehmen überdurchschnittlich schnell auch wieder liquidiert werden. Zürich ist da Luzern um Lichtjahre voraus. Sagen Sie jetzt bitte nicht, Luzern liesse sich nicht mit Zürich vergleichen. Sie wollten die Nummer eins werden und haben schlichtweg vergessen zu schauen, warum die aktuelle Nummer eins, Zürich, eben die Nummer eins ist. Jene in diesem Saal, die sich jeweils mit der lautesten Stimme als Unternehmensexperten äussern, tragen nicht im Geringsten ein unternehmerisches Risiko. Es sind Verbandsangestellte die noch gar nie ein Unternehmen geführt haben. Sonst wüssten sie, ich zitiere die „NZZ“, „... dass sich absehbar die Bedeutung von Unternehmensgewinnsteuern für die Schweiz schmälern wird. Weitsichtige Kantone tun deshalb gut daran, eine umfassende Standortpolitik zu betreiben, die sie zu einem attraktiven Wirtschaftsstandort, Wohn- und Lebensraum macht. Es braucht ein gutes Gesamtpaket“. Diese Unternehmensexperten, die kein unternehmerisches Risiko tragen, kommen mir vor wie Haremswächter, die glauben zu wissen, wie es geht, dazu selbst aber gar nicht in der Lage sind. Nun noch eine Bemerkung zur Verschuldung. Es ist richtig, dass bei der Jahrhundertwende der Kanton mit 2,5 Milliarden Franken rekordhoch verschuldet war. Der grösste Teil dieser Verschuldung konnte vor der Halbierung der Unternehmensgewinnsteuern im Jahr 2012 abgebaut werden. 2012 waren es noch 350 Millionen Franken, und die Zinsen waren auf 1 Prozent gesunken. Dank den Negativzinsen würden wir mit diesen Schulden heute einen Gewinn einfahren. Die Schulden auf Kosten der Qualität der staatlichen Aufgaben weiter zu senken, entbehrt jeglicher Logik. Für die nun aufkommenden düsteren Wolken am Wirtschaftshimmel und vor allem für die durch den Klimawandel verursachten Schäden an Natur, Gesundheit und Infrastruktur ist der Kanton nicht im Geringsten vorbereitet. Während der Pharao auf Joseph hörte und in den sieben fetten Jahren einen Vorrat schuf, haben die Regierung und das Parlament in den vergangenen Jahren dem Kanton die notwendigen Ressourcen entzogen und setzen damit die Zukunft unserer Jugend aufs Spiel. Wir sollten daraus die Lehre ziehen, dass nur ein Staat im Gleichgewicht von ökonomischen, ökologischen und sozialen Zielsetzungen gesellschaftlich nachhaltig horizontal innerhalb einer Generation und vertikal

unter den Generationen blühen kann. Der Kanton Luzern aber hat sich nicht nur auf Kosten der Schwächsten, sondern auch auf Kosten der kommenden Generation kaputtsaniert. Wir treten zwar auf die Vorlage ein, eine Mehrheit unserer Fraktion wird sich aber der Stimme enthalten – nicht weil der Abschluss falsche Zahlen präsentiert, sondern weil wir die Art und Weise, wie dieser Abschluss zustande gekommen ist, nämlich das Sparen auf Kosten der Schwachen, immer abgelehnt haben, und die Begründung des Noch-Finanzdirektors, dass der Gewinn seiner Tiefsteuerstrategie zu verdanken sei, jeglicher Realität fern ist.

Für die GLP-Fraktion spricht Urs Brücker.

Urs Brücker: Die Jahresrechnung 2018 fällt auch aus Sicht der GLP-Fraktion positiv aus. Insbesondere die höheren Steuereinnahmen sowohl bei den natürlichen Personen wie bei den Unternehmen sind sehr wichtig, weil sie nachhaltiger sind als die Sondereffekte, wie zum Beispiel die Doppelausschüttung der Schweizerischen Nationalbank. Bemerkenswert ist, dass im Vergleich zum Jahr 2011 der Rückgang der Erträge aus dem NFA von den Steuererträgen mittlerweile mehr als kompensiert wird, um kumuliert rund 79 Millionen Franken. Bei dieser Interpretation ist allerdings zu beachten, dass NFA-Zahlungen im Jahr 2018 nichts mit den Steuererträgen 2018 zu tun haben. Die höhere Ressourcenkraft des Kantons wirkt sich erst mit einer vier- bis sechsjährigen Verzögerung auf den Finanzausgleich aus. Das heisst, das Wachstum bei den Steuern im Jahr 2018 wird sich erst im Jahr 2024 vollumfänglich in tieferen Ausgleichszahlungen für den Kanton Luzern niederschlagen. Nebst der Freude, die herrscht, untermauert das Resultat aber auch die Einschätzung der GLP, dass bei einer konjunkturverträglicheren Ausgestaltung der Schuldenbremse die übertriebenen und teilweise nicht rechtskonformen Sparmassnahmen nicht in diesem Ausmass notwendig gewesen wären. Auch ist es klar, dass 2018 das Wachstum des Schweizer Bruttoinlandsprodukts erstmals seit 2010 wieder deutlich über dem langfristigen Trend gelegen hat, worauf man sich in Zukunft selbstverständlich nicht verlassen kann. Um 2,2 Millionen Franken oder 7,3 Prozent besser schliesst die Hauptaufgabe Umweltschutz und Raumordnung ab. Keine Freude herrscht bei der GLP über die offensichtlich tieferen Ausgaben in diesen Bereichen. Beispielsweise stimmt die gesunkene Nachfrage beim Energieförderprogramm nachdenklich. Generell stellt sich vor dem Hintergrund des dringenden Handlungsbedarfs beim Klimaschutz und der Biodiversität die Frage, ob so tiefe Ausgaben weiterhin zu verantworten sind. Ebenfalls kein Ruhmesblatt ist der rückläufige Personalbestand, zumal gerade in den Bereichen Umweltschutz und Sicherheit die Aufgabenerfüllung auf dem absoluten Minimum verharrt. Die GLP tritt auf die Vorlage ein und stimmt ihr zu.

Gaudenz Zemp: Urban Frye hat in seinem Votum das Beispiel Zürich genannt. Ich selber habe 20 Jahre in Zürich gearbeitet, 10 Jahre davon hatte ich ein eigenes Geschäft, und mir ist Zürich bekannt. In den Zürcher Wirtschaftskreisen ist man sich relativ einig, dass der Erfolg des Wirtschaftsmotors vor allem dem Flughafen zu verdanken ist. In der internationalen, sich globalisierenden Wirtschaft stellt der Flughafen einen grossen Wettbewerbsvorteil dar.

David Roth: Der Flughafen wird immer wieder als Beispiel herbeigezogen. Wenn die Distanz von Luzern zum Flughafen tatsächlich ein Problem wäre, hätte London ein noch viel grösseres Problem, denn dieser Flughafen befindet sich zirka eine Stunde vom Londoner Zentrum entfernt.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Die Jahresrechnung 2018 ist erfreulich ausgefallen. Das Resultat von 67 Millionen Franken plus und der tiefen Nettoschuld von 135 Millionen Franken kann sich sehen lassen. Die Interpretationen, wie dieses Resultat zustande gekommen ist, gehen auseinander. Wir haben zehn Hauptaufgaben, bei neun handelt es sich hauptsächlich um Ausgaben. Wenn zehn Hauptaufgaben gut laufen, ist das eine erfreuliche Situation und lässt auch bei einigen der 46 Aufgabenbereiche Abweichungen zu. Wir müssen deshalb nicht sofort reagieren, sondern wir können die Situation analysieren und danach Massnahmen ergreifen. Wir befinden uns also in einer komfortablen Lage, was nicht mancher Kanton von sich behaupten kann. Die NFA hat uns Probleme bereitet, das Größte haben wir aber

überwunden. Mit der STAF hat es auch bei der NFA eine Änderung gegeben. Wir sind nun von den Zahlungen des Bundes etwas weniger abhängig und können deshalb auch Ausfälle ertragen. Die Steuerstrategie des Bundes geht auf, wir haben uns bereits daran angepasst. Es gibt kaum Kantone, die keine Ausfälle hinnehmen müssen. Mir sind lediglich zwei Kantone bekannt, die nun mit Mehreinnahmen rechnen können. Diese gute Ausgangslage haben wir nur erreicht, weil wir die Steuerstrategie konsequent auf die STAF ausgerichtet haben. Zudem konnten wir die Finanzen mit der AFR18, die vom Volk angenommen wurde, stabilisieren. Wie geht es weiter, und wo können wir vorsichtig gestalten? Auf jeden Fall muss bei der Planung das Finanzleitbild 2017 genauso berücksichtigt werden wie der Planungsbericht Demografie. Dieser Planungsbericht geht wahrscheinlich etwas vergessen, obwohl er wichtige Informationen für die finanzielle Zukunft des Kantons enthält. Wir befinden uns nahe am Ende einer Hochkonjunktur, deshalb gilt es nicht übermütig zu werden. Nach den fetten sieben Jahren folgen meistens magere sieben Jahre. Wir haben versprochen, die Arbeitszeiterhöhung parallel zur Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung wieder rückgängig zu machen. Im aktuellen Budgetentwurf ist diese Reduktion vorgesehen, und es gibt im Moment keine Anzeichen, dass wir davon absehen müssen. Obwohl es dem Kanton gut geht, bitte ich Sie, bei der Gestaltung auch in Zukunft Vorsicht walten zu lassen, so wie es auch die Regierung tun wird.

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Jahresberichtes 2018, wie er aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 107 zu 2 Stimmen zu.